

INVODAS - Interessenausgleich im Rahmen der Vorratsdatenspeicherung

Die Vorratsdatenspeicherung steht paradigmatisch für das Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit im digitalen Zeitalter. Seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts mit der die bis dahin geltenden Regelungen im Telekommunikationsgesetz zur Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung als verfassungswidrig erachtet wurden, ringt die Bundesregierung um eine Neueinführung der Vorratsdatenspeicherung.

Welche Möglichkeiten zur konkreten Ausgestaltung der Vorratsdatenspeicherung Deutschland innerhalb der Vorgaben der EU hat, und wie die Erfahrungen anderer Mitgliedstaaten mit den Umsetzungsspielräumen hier nutzbar gemacht werden können, wurde von einem Forscherteam der Universität Kassel und des Instituts für Europäisches Medienrecht (EMR) in Saarbrücken untersucht. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Förderprogramms „Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung“ finanzierten Forschungsprojekt „Interessenausgleich im Rahmen der Vorratsdatenspeicherung – INVODAS“ wurde unter der Leitung von Prof. Dr. Alexander Roßnagel durchgeführt. In einem Zeitraum von eineinhalb Jahren wurde analysiert, ob und wie im Falle einer Neuregelung – die das Verfassungsgericht nicht grund-

sätzlich ausgeschlossen hat – die widerstreitenden Freiheits- und Sicherheitsinteressen zu einem bestmöglichen Ausgleich gebracht werden können. Dabei hat vor allem der rechtsvergleichende Blick in die Umsetzungsgesetze der übrigen 26 EU-Mitgliedstaaten wesentliche Informationen geliefert.

Grundlage der nationalen Vorschriften ist die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung (Richtlinie 2006/24/EG vom 15. März 2006, ABl. L 105, 54), die bis zum 15. September 2007 in den EU-Mitgliedstaaten umzusetzen war. Sie gibt einen Regelungsrahmen vor, lässt den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung jedoch zahlreiche Gestaltungsspielräume. Diese können dafür genutzt werden, um die Architektur der Vorratsdatenspeicherung so zu gestalten, dass sie einen möglichst optimalen Ausgleich zwischen der Effektivität des Sicherheitsinstruments einerseits und dem Grundrechtsschutz sowie gesellschaftlicher Akzeptanz andererseits erreicht. Die Spielräume betreffen vor allem die Beziehungen in den Dimensionen Staat – Bürger, Staat – Wirtschaft sowie Staat – Staat (innerhalb der bundesstaatlichen Kompetenzaufteilung, d. h. auf bzw. zwischen den Ebenen der Bundes- und Landesbehörden, aber auch mit Blick auf die Zusammenarbeit mit anderen Staaten). Im Rahmen

von INVODAS wurden Gestaltungsvorschläge erarbeitet, die diese drei Dimensionen berücksichtigen. Es konnten sowohl rechtliche, technische als auch organisatorische Lösungsansätze aufgezeigt werden.

Dafür wurden die Elemente eines verfassungskonformen Ausgleichs theoretisch analysiert und bewertet sowie das Ziel verfolgt, einen optimalen Interessenausgleich durch Gestaltungsvorschläge zu erreichen. Empirische Grundlage hierfür bilden die Lösungen, die in Ausnutzung der Spielräume bei der Umsetzung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung in den anderen 26 EU-Mitgliedstaaten gefunden wurden oder diskutiert werden. Sie illustrieren beispielhaft die Bandbreite von Alternativen, die für eine Balance zwischen Sicherheit und Freiheit in dem allen gemeinsam vorgegebenen Rahmen gefunden werden können. Die verschiedenen in anderen Mitgliedstaaten erprobten oder erörterten Lösungen gaben Anregungen für die gesellschaftliche Diskussion in Deutschland. Sie mussten aber an die Sicherheitskultur, die Wirtschafts- und Verwaltungsstrukturen, an die Sicherheitsarchitektur und den Rechtsrahmen in Deutschland angepasst werden, bevor aus ihnen Vorschläge für technische, organisatorische und rechtliche Lösungen entwickelt werden könnten.

Ergebnisse von INVODAS sind (1) „Steckbriefe“, die die technische, organisatorische und rechtliche Gestaltung der

Vorratsdatenspeicherung in den 27 Mitgliedstaaten charakterisieren und die Grundlage für einen Vergleich der unterschiedlichen Lösungsansätze geliefert haben, mit dessen Hilfe sodann zu jedem Problemfeld die für die Bundesrepublik Deutschland jeweils beste Lösung identifiziert werden konnte; (2) Analysen der Elemente, die hinsichtlich eines Interessenausgleichs bei der Vorratsdatenspeicherung berücksichtigt werden müssen; (3) Vorschläge für die Bundesrepublik Deutschland zur technisch-organisatorischen Gestaltung der Vorratsdatenspeicherung und zur Fortentwicklung der einschlägigen Regelungen.

Der Öffentlichkeit wurden die wichtigsten Vorschläge im Rahmen der Tagung „Interessenausgleich im Rahmen der Vorratsdatenspeicherung“ am 7.9.2011 in Berlin vorgestellt (Informationen zu der Tagung sind abrufbar unter: <http://cms.uni-kassel.de/unicms/index.php?id=37580>). Diese wurden dort diskutiert und im Anschluss überarbeitet.

Die Ergebnisse des Forschungsprojekts INVODAS sind in Buchform erhältlich, sie sind in eine Dissertation eingeflossen und es sind weitere projektbezogene Veröffentlichungen vorhanden:

Roßnagel, A. / Moser-Knierim, A. / Schweda, S., Interessenausgleich im Rahmen der Vorratsdatenspeicherung – Analysen und Empfehlungen, Der elektronische Rechtsverkehr Band 28, Nomos Verlag Baden-Baden 2013.

Moser-Knierim, A., Vorratsdatenspeicherung - zwischen Überwachungsstaat und Terrorabwehr, Springer-Verlag 2013 (Diss.).

Roßnagel, A., Die Überwachungs-Gesamtrechnung, NJW 2010, 1238.

Roßnagel, A., Das Bundesverfassungsgericht und die Vorratsdatenspeicherung in Europa, DuD 2010, 544.

Roßnagel, A., Interessenausgleich im Rahmen der Vorratsdatenspeicherung, MMR 2010, Editorial Heft 8.

Desoi, M./Knierim, A., Intimsphäre und Kernbereichsschutz, DÖV 2011, 398.

Roßnagel, A., Interessenausgleich im Rahmen der Vorratsdatenspeicherung, MMR 2011, 493.

Knierim, A., Kumulation von Datensammlungen auf Vorrat, Zeitschrift für Datenschutz (ZD) 2011 (1), 17.

Knierim, A., Technikgestaltung bei Vorratsdatenspeicherung & Quick Freeze, in: Horster, Patrick (Hrsg.), D.A.CH Security 2011, Klagenfurt: syssec, 480-490.

Knierim, A., Vorhang auf für ein Vorratsdatenurteil 2.0?, in: Taeger, Jürgen (Hrsg.), Die Welt im Netz. Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft, Edewecht: OIWiR, 431-447.

Schuldt, M., Abschlusstagung des Forschungsprojekts InVoDaS, ZD-Online, abrufbar unter:
<https://www.beck.de/cms/main?docid=323207>.

Laufzeit

April 2010 bis September 2011

Drittmittelgeber

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Projektleitung:

Prof. Dr. Alexander Roßnagel

Ansprechpartner:

Geschäftsführer/in provet

provvet@iwr.uni-kassel.de

<http://provvet.uni-kassel.de>

Anschrift:

Projektgruppe verfassungsverträgliche Technikgestaltung - provet -
Universität Kassel, Fachbereich 07
Pfannkuchstraße 1, 34109 Kassel